



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 09.06.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Förderangebot des Landes "Entwicklung altengerechter Quartiere"
Bericht der Verwaltung
7. . Verweisung aus dem Rat der Stadt Hagen vom 07.05.2015
Anfrage der Einzelmitglieder Frank Schmidt und Thorsten Kitzenow zum Thema "Versorgung von sozial schwachen Mitbürgern"
Bericht des Caritasverbandes
8. . Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden
Bericht der Verwaltung
9. . Bildung einer Konferenz Alter und Pflege
Vorlage: 0436/2015
10. . Eckpunkte für die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW
Vorlage: 0435/2015
11. . Vorschlag zur Tagesordnung der SPD-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Städtische Pauschalzuweisung in Höhe von 15.000 Euro an "DER PARITÄTISCHE HAGEN"
Vorlage: 0606/2015
12. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Anwesenden und bittet, den Tagesordnungspunkt 11 nach dem Tagesordnungspunkt 2 zu beraten, damit Frau Weickenmeier die Sitzung anschließend verlassen könne.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Andere Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung bestehen nicht.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet von der Sitzung des Runden Tisches Zuwanderung, die am 03. Juni stattgefunden habe (**siehe Anlage zu TOP 2**).

Frau Kaufmann stellt die Zahlen der Asylbewerber zum Stichtag 31.05.2015 in Hagen vor (**siehe Anlage zu TOP 2**).

Grund der Datenerhebung sei die Fragestellung gewesen, inwieweit Menschen aus den Balkanländern in Hagen Asylanträge stellen und dadurch unter Umständen Plätze belegten, obwohl die Aussicht auf eine Anerkennung als Asylbewerber relativ gering sei. Die Regenbogenschule in Hohenlimburg werde von der Bezirksregierung weiterhin als Erstaufnahmeeinrichtung geführt und auf das Kontingent der Stadt Hagen angerechnet. Darüber sei man froh, da dadurch der Druck in Bezug auf die kommunalen Plätze, die man zur Verfügung stellen müsse, etwas gemindert sei.

Herr Goldbach weist auf das ausgelegte Material eines Dortmunder Projektpartners hin, der schon unterschiedliche Projekte in Hagen realisiert habe. Das Tandemprojekt „dreizeit“ solle Senioren und Schüler zusammenbringen, um in unterschiedlichen Erfahrungswelten zusammenzukommen (**siehe Anlage 2 zu TOP 2**). Er wäre dankbar, wenn diejenigen, die in ihren Bereichen die Möglichkeit hätten, Interessenten darauf anzusprechen, dies tun würden.

Frau Kaufmann berichtet, man habe heute eine Einladung vom Evangelischen Kirchenkreis Iserlohn bekommen. Dort gehe es um den Fachaustausch zwischen Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich engagierten. Die Tagung finde am 22. August statt und richte sich an alle Interessierten. Die Teilnahme sei kostenfrei.



3. . **Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Anschließend nimmt er Bezug auf den Antrag des Seniorenbeirates auf Einrichtung eines Seniorenbüros, der in erster Lesung im Sozialausschuss beraten wurde.

Man werde darüber mit allen Verantwortlichen im Hause ins Gespräch kommen. Es solle verdeutlicht werden, dass man an dieser Stelle einen berechtigten Anspruch habe. Man werde anschließend auf den Antrag zurückkommen, um ihn erneut vom Vorsitzenden auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Er hoffe, dass man dann einen einstimmigen Beschluss für diese Arbeit bekäme.

4. . **Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen**

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

5. . **Bericht aus dem Integrationsrat**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.



6. . Förderangebot des Landes "Entwicklung altengerechter Quartiere" Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiß erläutert das Projekt.

Ziel dieses Projektes sei es unter anderem, altengerechte Quartiere zu gestalten und zu fördern, damit Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter führen könnten. Alte Menschen sollten so lange wie möglich in ihren Wohnungen versorgt und gepflegt werden. Sie benötigten dabei eine Vielzahl an Versorgungsangeboten. Ziele des Projektes seien der Ausbau von Versorgungsnetzwerken, Anstoß für altengerechte Bau- und Wohnprojekte und der Aufbau von Nachbarschaftshilfen. Antragsteller seien die Kreise und kreisfreien Städte. Die Fördermittel könnten an gemeinnützige Träger weitergeleitet werden. Die Festbetragsfinanzierung betrage 30.000 € pro Jahr für eine Vollzeitstelle. Die tatsächlichen Kosten lägen bei ca. 55.600 €. Das hieße, dass die Co-Finanzierung jährlich 25.000 € betragen werde. Das Projekt laufe in der Regel für die Dauer von drei Jahren. Es gebe noch einen kleinen Zuschuss für Sachausgaben und Veranstaltungen.

Voraussetzung für diese Förderung sei eine Analyse der Bevölkerungs- und Versorgungsstruktur mit Darstellung der bisher ungedeckten Bedarfe. In Hagen liege eine solche Analyse für den Stadtteil Ernst aus dem Jahre 2010 vor.

Es böte sich daher an, diesen Stadtteil für das Projekt auszuwählen.

Da die Stadt Hagen diese Co-Finanzierung nicht stemmen könne, habe man überlegt, ob die Wohlfahrtsverbände das gemeinsam übernehmen könnten.

Von dort sei angeregt worden, sich im September mit der Stadt zusammenzusetzen und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Herr Goldbach betont, dass es sich für Hagen um ein sehr passendes und gewinnbringendes Programm handele, das man sehr gerne machen würde. Das Land erwarte, dass die Hälfte des Personalkostenanteils von der Stadt Hagen übernommen werde.

Das summiere sich bei einer dreijährigen Laufzeit auf rund 90.000 €. Man habe dafür keine Lösung, da das Geld nicht zur Verfügung stünde. Da das Geld nicht von der Stadt kommen müsse, seien andere Lösungen denkbar. Es bliebe in jedem Fall bei einer dreijährigen Laufzeit, auch wenn man später mit dem Projekt beginne. Wenn die Co-Finanzierung geklärt sei, müsse man entscheiden, auf welches Quartier es sich beziehen solle. Man könne nur ein Quartier benennen.

Herr Meier macht deutlich, dass man auf die Stadt Hagen zugegangen sei, weil man es sehr schade fände, wenn Hagen diese Chance nicht wahrnehme. Der Stadtteil Ernst biete bereits sehr viel, was vom Fördergeber gefordert werde. Natürlich käme auch ein anderer Stadtteil in Frage, soweit dieser die Voraussetzungen erfülle.

Herr Ludwig teilt mit, dass sich die AG der Verbände mit dem Thema beschäftigen werde. Man habe es für sinnvoll erachtet, dass bei diesen Gesprächen



auch die Vertreter der Stadt Hagen anwesend seien. Man werde dieses Thema in der ersten Sitzung nach der Sommerpause erörtern.

Herr Ostermann stellt fest, dass ein solches soziales Projekt ermöglicht werden sollte. Er äußert seine Sorge, dass die Gefahr bestehe, dass ein solches Projekt nach Beendigung implodiere. Daher solle man sich Gedanken darüber machen, wie man ein solches Projekt auch über den Förderzeitraum hinaus erhalten könne.

Frau Sauerwein hält die Quartiersentwicklung für einen guten Ansatz. Die Erfahrungen daraus sollten auf jeden Fall genutzt werden. Es gehe in diesem Konzept um Vernetzung, Koordinierung und Bekanntmachung der bestehenden Angebote.

Herr Hentschel fragt, welche Mittel für die Förderung 2016/2017 zur Verfügung stehen. Welche Realisierungsmöglichkeiten des Projektes würden von Seiten der Verwaltung gesehen?

Frau Gleiß weist darauf hin, dass es sich erst einmal um den vorläufigen Landesförderplan handele. Es werde in den Nachfolgejahren auch Gelder zur Verfügung stehen. Deren Höhe sei aber noch nicht bekannt.

Herr Goldbach macht deutlich, dass die Realisierung davon abhängig sei, ob es gelinge, die Eigenmittel einzubringen. Das könne er hier und heute nicht beantworten.

7. . Verweisung aus dem Rat der Stadt Hagen vom 07.05.2015
Anfrage der Einzelmitglieder Frank Schmidt und Thorsten Kitzenow zum Thema
"Versorgung von sozial schwachen Mitbürgern"
Bericht des Caritasverbandes

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel begrüßt zu dem Tagesordnungspunkt Frau Flatt vom Caritasverband und Herrn Schmidt (Bürger für Hohelimburg), der die Anfrage zusammen mit Herrn Kiszkenow (Piraten Hagen) im Rat der Stadt Hagen eingebracht hat.

Frau Flatt berichtet über die Situation im Warenkorb. Man versorge im Moment ca. 7.000 hilfebedürftige Menschen. Die Zahl steige kontinuierlich und man habe sich gezwungen gesehen, keine neuen Bedürftigen mehr anzunehmen und keine neuen Ausweise auszustellen. Auch die angelegte Warteliste, auf der sich zuletzt 200 Familien befunden hätten, habe geschlossen werden müssen.



Es sei für alle Beteiligten eine sehr unbefriedigende Situation. Die Spenden reichten nicht aus, um alle zu versorgen. Man überlege derzeit, das System dahingehend zu ändern, dass nach einem halben Jahr der Ausweis nicht verlängert würde und eine Pause eingelegt werden müsste, damit auch andere Menschen teilhaben könnten. Von den 7.000 versorgten Menschen liege der Anteil der Kinder bei 40 %. Ehrenamtliche Helfer seien ausreichend vorhanden.

Herr Schmidt erläutert die Gründe, die der Anfrage zugrunde liegen. Er fragt, welche Möglichkeiten es gebe, diesen Zustand zu verbessern.

Frau Flatt macht deutlich, dass der Warenkorb zur „Tafel“ gehöre. Es solle nicht das Ziel sein, weitere „Tafeln“ aufzumachen. Das sei ihres Erachtens der falsche Ansatz. Man müsse sich fragen, was getan werden müsse, damit die Menschen nicht mehr darauf angewiesen seien.

Frau Sauerwein betont, dass die Armutsentwicklung in Hagen dramatisch sei. Sie appelliere, sich damit noch einmal intensiv zu beschäftigen. Die Altersarmut in Hagen werde stark zunehmen. Die Landesseniorenvertretung habe intensiv daran gearbeitet und Handlungsempfehlungen für Seniorenvertretungen gegen Altersarmut herausgegeben. Es werde u.a. gefordert, dass die Kommunen eine Armutsberichterstattung machen sollten. Der letzte Hagener Armutsbericht stamme aus dem Jahre 2005. Die seinerzeit formulierten Forderungen seien auch heute noch gültig. Armut sei ein Thema der Stadtentwicklungspolitik. Die Wohlfahrtsverbände wiesen darauf hin, dass die Hartz IV-Sätze zu niedrig seien. Dafür müsse sich die Kommune gegenüber dem Bund immer wieder einsetzen.

Frau Timm-Bergs zeigt sich betroffen von der geschilderten Problematik. Sie schlage vor, fraktionsübergreifend in das Thema einzusteigen, um zu sehen, was man gemeinsam bewegen könne.

Frau Buchholz macht deutlich, dass „Tafeln“ aus sozialpolitischer Sicht nicht unumstritten seien. Es laufe am System vorbei, weil man Almosen gebe. Für die Menschen sei es natürlich eine konkrete Hilfe. Die Tafelbewegung sei aus einem Überfluss heraus entstanden sei, dass Lebensmittel weggeworfen wurden. Jetzt hätten die Läden daraus gelernt und das werde ihnen nun zum Vorwurf gemacht. Man könne nicht den Anspruch haben, einen Anspruch für jeden armen Hagener daraus zu formulieren. Die „Tafel“ solle Not lindern und ergänzen. Der Appell müsse dahingehend lauten, dass die Regelsätze überhaupt nicht ausreichend seien. Das Bündnis „Sozialgerechte Stadt Hagen“ habe am gestrigen Tag getagt. In einer Stadt wie Hagen sei die Armutsbekämpfung eine gesamtstädtische Aufgabe.

Herr Ostermann bedankt sich persönlich ausdrücklich bei den Antragsstellern für diese Anfrage. Diese habe eine gute politische Debatte im Sozialausschuss in Gang gesetzt. Man solle versuchen, mit einem hochrangigen Appell den Einzelhandel zu ersuchen, die Versorgung der Warenkörbe sicherzustellen.



Außerdem schlage er vor, es den nicht-lebensmittelversorgenden spendenbereiten Firmen zu ermöglichen, einen Spendentopf in Hagen aufzubauen, der den „Tafeln“ ermögliche, benötigte Lebensmittel hinzuzukaufen.

Herr Schmidt ist auch der Meinung, dass die Regelsätze zu niedrig seien und man sich dafür einsetzen müsse, etwas daran zu ändern. Solange das nicht so sei, müsse man mit dieser Situation auf kommunaler Ebene umgehen. Er sei der Meinung, dass man die Spendenbereitschaft erhöhen sollte und sei Herr Ostermann dankbar für seine Anregung.

Herr Meier zieht das Fazit, dass die Diskussion bereits ein Ergebnis habe. Das gehe in zwei Richtungen. Einmal solle denen geholfen werden, die betroffen seien. Der von Herrn Ostermann geforderte Appell solle nicht nur in Richtung Spendenbereitschaft gehen, sondern die Forderung enthalten, dass sich an den Verhältnissen grundsätzlich etwas ändere. Der Vorschlag von Frau Sauerwein, die Datenlage regelmäßig zu aktualisieren, sei dabei hilfreich. Die Situation werde von Jahr zu Jahr schlimmer. Die SPD-Fraktion werde mit ihrem Bundestagesabgeordneten sprechen, auf die Gesetzgebung entsprechend einzuwirken. Man solle das Thema jedes Jahr im Sozialausschuss auf der Tagesordnung haben, um über die Entwicklung der Zahlen zu berichten.

Herr Goldbach erklärt, dass man unterschiedliche Zuständigkeiten habe, was die Grundsicherung des Existenzminimums angehe. Man müsse als Verwaltung davon ausgehen, dass das, was der Bundesgesetzgeber vorgebe, eine ausreichende Existenzgrundlage darstelle. Da könne man natürlich eine andere Meinung zu vertreten, aber dann müsse das entweder durch eine gerichtliche Überprüfung oder durch den Gesetzgeber selbst geändert werden. Dafür könne nicht die Stadt Hagen eintreten. Das gehöre auf die Ebene des Bundestages. Was einen möglichen Ausbau des Warenkorbes angehe, habe er Frau Flatt so verstanden, dass das Ganze von der Organisation her nicht ausweitbar sei. Er schlage daher vor, das Problem noch einmal im Caritasverband und in der AG der Wohlfahrtsverbände zu thematisieren. Dort sollte geklärt werden, ob es wirklich sinnvoll sei, eine höhere Spendenbereitschaft der Supermärkte zu erbitten. Er bitte Frau Flatt um eine Stellungnahme, wie eine sinnvolle Unterstützung aussehen könnte. Man müsse überlegen, welche Stellschrauben genutzt werden müssten, um an der Situation caritativ etwas zu verbessern. Nach der Erörterung in der AG der Wohlfahrtsverbände wäre er für ein abgestimmtes Signal dankbar.

Herr Wegener betont, dass man es hier mit einem Mangel von Gütern zu tun habe, die der Mensch dringend brauche. Man habe bisher nur über die Geschäftswelt gesprochen. Hier sei auch jeder Einzelne gefordert.



Frau Flatt stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit den Geschäften gut sei. Ein Ausbau des Warenkorbes sei ihres Erachtens nicht möglich. An ehrenamtlichen Helfern mangle es nicht. Vorher habe man den Überfluss verteilt, jetzt müsse man den Mangel ersetzen. Über Privatspenden freue man sich natürlich. Wie eine mögliche Hilfe zur Entspannung der Situation aussehen könne, sei ihr im Moment auch nicht klar. Man werde nicht mit mehr Spenden bedarfsgerecht expandieren können.

Frau Buchholz regt an, dass man Möglichkeiten schaffe, Pfanderlöse in den Läden spenden zu können. Das habe sie in Hagen noch nicht gesehen.

Herr Schmidt hält das für einen sehr guten Vorschlag. Er wünsche sich, dass die Kunden in den Läden die Möglichkeit hätten, eingekaufte Waren für einkommensschwache Menschen zu spenden und dort abzulegen.

Frau Helling-Plahr berichtet, sie habe im Rahmen des letzten Bundestagswahlkampfes für je einen Tag in Luthers Waschsalon und in der Suppenküche helfen dürfen. Die Organisationen leisteten dort hervorragende Arbeit. Ihr bereite die lange Dauer Sorge, die die Betroffenen warten müssten. Es wäre sicher sinnvoller, alle vorhandenen Waren gleichzeitig auf alle zu verteilen. Das sei aber wohl ein administratives Problem. Das sei ein Ansatzpunkt, den man verfolgen könne.

Herr Hentschel gibt zu bedenken, dass man sehr wohl etwas ändern könne, wenn man Druck auf die Politik ausübe.

Er bedankt sich bei Frau Flatt für ihren Vortrag und wünscht weiterhin alles Gute für ihre Arbeit.

8. . **Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden** **Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erinnert daran, dass man das Thema „Krankenversicherungskarte statt Krankenschein“ aufgrund eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf der Tagesordnung gehabt habe. Man habe zugesagt, den Ausschuss regelmäßig mit neuen Informationen zu versorgen.

Es gebe eine Landesinitiative, die Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende möglicherweise landesweit einzuführen. Er gehe davon aus, dass das nur empfehlenden Charakter haben werde, um Konnexitätsforderungen der Kommunen zu vermeiden. Man habe in Hagen die eigene Praxis noch einmal überprüft. Aus Verwaltungssicht würde die Einführung einer Versicherungskarte erheblich höhere Kosten verursachen. Diese würden durch ei-



nen auszuhandelnden Anteil von Verwaltungsgebühren entstehen, der bis zu 10 % betragen könne. Diese seien für die Verwaltungsarbeit der Krankenkasse vorgesehen. In Hagen würde das bei dem Anteil der Krankenkosten Verwaltungsgebühren in Höhe von 300.000 € ausmachen.

Das Leistungsniveau des Krankenscheines gegenüber einer Krankenversicherungskarte nach dem Bremer Modell sei exakt gleich. Die Akutversorgung sei in beiden Fällen sichergestellt. Eine Kontrolle durch die Kommune werde bei dem Einsatz einer Krankenversicherungskarte nicht mehr stattfinden. Man gehe daher von Mehrkosten aus, da die Krankenkassen sicher anders an die Prüfung herangingen als die kommunalen Mitarbeiter. In der Summe würde man für einen nur zum Teil nachvollziehbaren Vorteil Mehrkosten in sechsstelliger Höhe erwarten. Dieses Geld würde man lieber anderweitig in das System einspielen. Der Krankenschein würde automatisch quartalsweise an die Betroffenen geschickt.

Er schlage vor, das Thema weiter zu beobachten und zu schauen, ob die Landesinitiative das landesweit regeln wolle. Wenn Erfahrungen aus anderen Städten vorlägen, könne man sich darüber berichten lassen.

Frau Timm-Bergs berichtet von Problemen, die Asylsuchende mit einem Krankenschein bei einem Arztbesuch in Hohenlimburg gehabt hätten. Viele Ärzte wüssten nicht, wie diese Krankenscheine korrekt ausgefüllt und abgerechnet würden.

Sie richtet die Bitte an die Verwaltung, die niedergelassenen Ärzte entsprechend zu informieren.

Frau Kaufmann verspricht, die Angelegenheit zu klären.

9. . **Bildung einer Konferenz Alter und Pflege** **Vorlage: 0436/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiß erläutert die Vorlage.

Herr Hentschel stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Konferenz Alter und Pflege nach den Bestimmungen des APG NRW einzurichten.

Ständige Mitglieder in der Konferenz sind die in der Vorlage unter dem Punkt „Zusammensetzung in Hagen“ genannten Personen und Organisationen.

Die Geschäfts- und Schriftführung liegt beim Fachbereich Jugend und Soziales. Die Konferenz Alter und Pflege gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	4		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

**10. . Eckpunkte für die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW
 Vorlage: 0435/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiß erläutert die Vorlage.

Frau Timm-Bergs bedankt sich für den ausführlichen Bericht und bittet um Darstellung der Datenlage im Sozialausschuss.

Frau Gleiß sichert das zu.

Frau Sauerwein zeigt sich erfreut darüber, dass Frau Gleiß mit dieser Aufgabe betraut worden sei. Diese Daten könnten auch der Stadtteilentwicklung dienen.



Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

11. . **Vorschlag zur Tagesordnung der SPD-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**
Städtische Pauschalzuweisung in Höhe von 15.000 Euro an "DER PARITÄTISCHE Hagen"
Vorlage: 0606/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Weickenmeier erläutert den vorliegenden Antrag.
Man habe sich mit allen Beteiligten im Vorhinein darauf geeinigt, dass das Thema heute als erste Lesung betrachtet würde.

Frau Timm-Bergs bittet, den Antrag dahingehend zu ändern, dass der Begriff „Städtische Pauschalzuweisung“ ersetzt würde durch den Begriff „Städtische Strukturzuweisung“.
Sie erläutert die Gründe des Antrages aus Sicht der SPD-Fraktion.

Herr Goldbach beschreibt die Entwicklung dieses städtischen Zuschusses in der Vergangenheit. Es habe eine Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände gegeben, der man habe entnehmen können, dass die Vertreter der Wohlfahrtsverbände durchaus tolerieren würden, dass diese besondere Situation des DPWV berücksichtigt werde. Das Problem bestehe darin, dass es sich um eine Konsolidierungsmaßnahme handele, die erst zum 01.01.2016 greife. Das müsste dann an einer anderen Stelle mit einer anderen Deckung versehen werden.

Es sei daher passend, den Antrag als erste Lesung zu betrachten. Es werde auch noch einmal Thema in den Fraktionen sein. Da man nach den Sommerferien in die Haushaltsplanberatungen einsteige, müsse in dem Zusammenhang eine Lösung gefunden werden, die gegenüber der Kommunalaufsicht standhalte.

Herr Hentschel stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder mit der Einbringung des Antrages als erste Lesung einverstanden sind.



Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Städtischen Strukturzuweisung in Höhe von jährlich 15.000 Euro an „Der PARITÄTISCHE Hagen“ wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	4		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

12. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Ostermann fragt, ob es möglich sei, in der nächsten Sitzung den Tagesordnungspunkt aufzunehmen, ob und inwieweit das Jobcenter berichten könne, dass es einen systematischen Missbrauch bei EU-Zuwanderern gefunden habe und nicht nur mutmaßliche Missbrauchsfälle.

Schriftliche Stellungnahme des Jobcenters:

„Aufgabe des Jobcenters ist es, die Anspruchsvoraussetzungen von Personen zu prüfen, die Leistungen nach dem SGB II beantragen. Sofern festgestellt wird, dass Anspruchsvoraussetzungen nicht bestehen, stellt dies aber nicht zwingend einen Leistungsmissbrauch dar. Insoweit sucht das Jobcenter nicht nach systematischem Missbrauch bei EU-Zuwanderern. Sachverhalte mit hinreichendem Verdacht auf Leistungsmissbrauch werden durch die Bußgeldstelle des Jobcenters oder nach Abgabe an die Staatsanwaltschaft aufgeklärt und ggf. geahndet. Eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit erfolgt hierbei nicht, so dass das Jobcenter zu dieser Anfrage keine Stellung beziehen kann.“



Herr Ostermann merkt an, dass der zweite Punkt den Beirat des Jobcenters betreffe.

Es handele sich hierbei nicht um eine Anfrage. Er bäte den Vorsitzenden, eine Mitteilung aus den Reihen des Ausschusses zuzulassen. Es gebe das Problem, dass der Gesetzestext, der den Beirat beim Jobcenter regelt, nicht die Behandlung von Problemen des Leistungsbezuges zulasse. Der Gesetzestext beauftrage den Beirat ausschließlich mit Dingen der Arbeitsförderung. Das werde zur Folge haben, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Fragen zur Leistungsgewährung, soweit sie systematischen Charakter hätten und keine Einzelfälle seien, hier in diesem Ausschuss stellen müsse. Außerdem wisse er darauf hin, dass er dem Gesetzestext eindeutig entnommen habe, dass Vertreter der Fraktionen im Beirat des Jobcenters eigentlich nichts zu suchen hätten.

Herr Hentschel verspricht, die erste Anfrage wohlwollend zu prüfen.

Bezüglich des zweiten Punktes werde er Herrn Ostermann informieren, sobald er zu einer ähnlichen parteiinternen Anfrage in der Angelegenheit eine Rückmeldung habe.

Frau Sauerwein berichtet, sie habe heute in Radio Hagen einen Beitrag gehört, dass die Stadt Hagen an einem interkommunalen Demografie-Projekt teilnehme. Sie habe gehofft, dass sie an dieser Stelle nähere Informationen dazu bekommen könne.

Sie hätte gern gewusst, welche anderen Städte daran beteiligt seien und worum es bei dem Projekt gehe.

Eine schriftliche Beantwortung der Frage wird von Herrn Hentschel zugesagt.

Anmerkung der Schriftführerin:

„Hagen nimmt an einem Projekt zum demografischen Wandel teil. Zwölf Städte der Metropole Ruhr führen ihre Daten zur Bevölkerungsentwicklung zusammen. Diese sind dann über ein Internet-Portal zugänglich und ermöglichen einen Blick auf den demografischen Wandel in der Region“.

Infos: www.demografiemonitor-ag-ruhr.de

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10 Uhr

gez. Ingo Hentschel
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin